

Nach 2015: Das zweite Totalversagen der Mainstream-Medien



s Letzt

Von EUGEN PRINZ | Im Herbst 2015 wurde man noch ans Kreuz genagelt, wenn man Bedenken über die Merkelsche Grenzöffnung äußerte, die uns neben einer Million Flüchtlinge und jener, die vorgaben, welche zu sein, auch Verbrecher und Terroristen ins Land spülte. Heute bestreitet kaum jemand mehr, dass wir es damals mit einem schwerwiegenden Staatsversagen zu tun hatten.

Ein Staatsversagen, das nicht zuletzt deshalb möglich wurde, weil die Medien ihre wichtigste Aufgabe, nämlich das Regierungshandeln kritisch zu hinterfragen, nicht mehr ausübten. Neben der Kanzlerin und ihrer Regierung tragen also auch sie eine Mitschuld, an den Folgen dieser epochalen Fehlentscheidung. Einer Fehlentscheidung, deren wahres Ausmaß in den künftigen Jahren der Depression erst so richtig zum Tragen kommen wird.

Die Geschichte wiederholt sich

Jetzt, im Mai 2020, erleben wir das zweite Totalversagen der Mainstream-Medien, das – wie schon das erste – in der Zukunft zu unermesslichem Leid beitragen wird. Statt sich kritisch mit dem grob fahrlässig verordneten Shutdown von Wirtschaft und Gesellschaft auseinanderzusetzen, statt zusammen mit dem Volk die Grundrechte gegen demokratievergessene Politiker zu

verteidigen, gibt man erneut den Hofberichterstatte der Kanzlerin und lässt sich zum Teil sogar noch von einem Multimilliardär mit eigener Agenda schmieren.

Ein moralischer Tiefpunkt des Handelns der Mainstream-Medien ist die Berichterstattung über den Referatsleiter KM4 (Schutz Kritischer Infrastrukturen) im Bundesinnenministerium (BMI), der kürzlich zusammen mit externen Experten, darunter renommierte Mediziner, aus einer Gewissensentscheidung heraus, ohne Auftrag das tat, was seine Aufgabe ist und für was er bezahlt wird: Er erstellte eine Schadensanalyse des Shutdowns.

Dumm nur, dass diese aufzeigte, dass allein schon die medizinischen Schäden dieser Maßnahme deren Nutzen um ein Vielfaches konterkarieren werden. Dieses Ergebnis machte den Referatsleiter automatisch zum Feind der regierenden Nomenklatura. Er wurde seines Amtes enthoben und seine Reputation in einer Pressemitteilung des Ministeriums, die inhaltlich von den Mainstream-Medien willfährig übernommen wurde, nachhaltig beschädigt.

Weiterhin nur Sprachrohr der Kanzlerin

Nach der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 haben sich die sogenannten „Qualitätsmedien“ nun erneut als Sprachrohr der Kanzlerin und ihrer Regierung erwiesen. Erneut haben sie als Vierte Gewalt im Staat, deren Aufgabe es eigentlich wäre, das Regierungshandeln kritisch zu hinterfragen, versagt.

Die externen Experten des Corona-Papiers aus dem Bundesministerium des Innern sind nun ihrerseits am 12.05.2020 mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit gegangen. In ihr fordern sie vom BMI Antworten auf Fragen, die uns inzwischen allen auf der Zunge brennen.

Es bleibt abzuwarten, ob und wie die „Leitmedien“ über diese Pressemitteilung berichten werden und ob sie sich die darin aufgeworfenen kritischen Fragen zu Eigen machen und selbst stellen, wie es eigentlich ihr verdammter Job ist.

Tun sie das nicht, werden sich die Bürger in den harten Zeiten, die uns bevorstehen, daran erinnern, wer mitgeholfen hat, uns diese Suppe einzubrocken. Wer sich wohlig in der Corona-Jauche gesuhlt und kräftig an der medialen Panikmache verdient hat.

Dann ist das, was die Mainstream-Medien an Auflagen- und Zuschauerschwund jetzt schon verschmerzen müssen, nur ein kleiner Vorgeschmack.



Hier die Pressemitteilung der externen Experten:

„Mit Verwunderung nehmen wir, die an der Erstellung des besagten Corona-Papiers beratend beteiligten Ärzte und Wissenschaftler/Wissenschaftlerinnen, die Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom 10. Mai „Mitarbeiter des BMI verbreitet Privatmeinung zum Corona-Krisenmanagement – Ausarbeitung erfolgte außerhalb der Zuständigkeit sowie ohne Auftrag und Autorisierung“ zur Kenntnis.

Das Ministerium schreibt in dieser Pressemitteilung: „Die Ausarbeitung erfolgte nach bisheriger Kenntnis auch unter Beteiligung Dritter, außerhalb des BMI.“

Wir gehen davon aus, dass mit Dritter wir, die Unterzeichnenden, gemeint sind.

Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir setzen voraus, dass das BMI ein großes Interesse daran hat, dass seine Spezialisten, denen die überaus wichtige Aufgabe anvertraut ist, krisenhafte Entwicklungen zu erkennen und durch rechtzeitiges Warnen Schaden von Deutschland abzuwenden, sowohl mit konkretem Auftrag handeln als auch in Eigeninitiative tätig werden.

Der entsprechende Mitarbeiter des BMI hat sich bei der

Erstellung der Risikoanalyse zur Einschätzung der medizinischen Kollateralschäden durch die „Corona-Maßnahmen“ im Wege einer fachlichen Anfrage an uns gewandt.

Getragen von der Verantwortung, unterstützten wir den engagierten BMI Mitarbeiter bei der Prüfung dieser essentiellen Frage nach bestem Wissen und Gewissen, neben unserer eigentlichen beruflichen Tätigkeit.

Renommierte Kollegen und Kolleginnen, allesamt hervorragende Vertreter ihres Fachs, nahmen zu konkreten Fragen auf der Basis der angefragten Expertise sachlich Stellung. Daraus resultierte eine erste umfangreiche Einschätzung der bereits eingetretenen sowie der drohenden medizinischen Schäden, einschließlich zu erwartender Todesfälle.

Der BMI Mitarbeiter hat anhand unserer Arbeit eine Einschätzung vorgenommen und das Ergebnis an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Sie finden das betreffende Dokument im Anhang dieser Pressemitteilung. Dass dies aufgrund der Kürze der Zeit nur der Anfang einer noch umfangreicheren Prüfung sein kann, steht außer Frage. Aber unsere Analyse bietet unseres Erachtens eine gute Ausgangslage für das BMI und die Innenministerien der Länder, den möglichen Nutzen der Schutzmaßnahmen gegenüber dem dadurch verursachten Schaden gut abzuwägen.

Unserer Auffassung nach müssten die adressierten Fachbeamten aufgrund dieses Papiers eine sofortige Neubewertung der Schutzmaßnahmen einleiten, für die wir ebenfalls unseren Rat anbieten. In der Pressemitteilung gibt das BMI deutlich zu erkennen, dass es diese Analyse jedoch nicht berücksichtigen wird. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass das zuständige Bundesministerium eine derart wichtige Einschätzung auf dem Boden umfassender fachlicher Expertise ignorieren möchte.

Aufgrund des Ernstes der Lage muss es darum gehen, sich mit den vorliegenden Sachargumenten auseinanderzusetzen – unabhängig von der Entstehungsgeschichte.

Deshalb fragen wir:

- Wieso hat das BMI das Ansinnen des Mitarbeiters nicht unterstützt und wieso bezieht das BMI die nun vorliegende umfangreiche Analyse auf dem Boden fachlich hochwertiger externer Expertise nicht bei seiner Einschätzung bezgl. des Verhältnisses von Nutzen und Schaden der Corona-Schutzmaßnahmen ein?*

Das BMI schreibt weiter in seiner Pressemitteilung:

„Die Bundesregierung hat in Folge der Corona-Infektionsgefahren zum Schutz der Bevölkerung Maßnahmen ergriffen. Diese werden innerhalb der Bundesregierung fortlaufend abgewogen und regelmäßig mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder abgestimmt.“

Wir bitten das BMI:

- uns zeitnah mitzuteilen, wie genau diese Abwägung stattfindet. Wir bitten dies anhand von Daten, Fakten und Quellen nachzuweisen. Gerne würden wir dies mit unserer Analyse vergleichen. Angesichts der aktuell teilweise katastrophalen Patientenversorgung wären wir beruhigt, wenn diese Analyse zu einer anderen Einschätzung führt als der unsrigen, was uns derzeit jedoch schwer vorstellbar erscheint.*

Des Weiteren schreibt das BMI:

„Das Infektionsgeschehen in Deutschland ist im internationalen Vergleich bislang eher niedrig. Die ergriffenen Maßnahmen wirken.“

In Übereinstimmung mit der internationalen Fachliteratur

teilen wir diese Feststellung bzgl. der Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen nur bedingt. Wir bitten das BMI deshalb im Sinne der Transparenz:

- die Quellen offenzulegen, nach denen es zu dieser Feststellung kommt.

Fazit:

Insgesamt haben wir auf Anfrage eines couragierten Mitarbeiters des BMI die vielfältigen und schweren unerwünschten Wirkungen der Corona-Schutzmaßnahmen im medizinischen Bereich aufgezeigt und diese sind gravierend. Für uns ergibt sich aus dem gesamten Vorgang der Eindruck, dass nach einer sicher schwierigen Anfangsphase der Epidemie nun die Risiken nicht im notwendigen Maß und insbesondere nicht in einer umfassenden Risikobetrachtung bedacht worden sind.

Bezüglich der Berichterstattung zu diesem Vorgang bitten wir darum, die inhaltliche Wertigkeit unserer Analyse in das Zentrum zu stellen, und über uns, in Amt und Person, der ernststen Situation angemessen zu berichten.

Die durch das Coronavirus SARS-CoV-2 ausgelöste Erkrankung Covid-19 verläuft für viele Menschen der bekannten Risikogruppen schwerwiegend. Wie für jede schwere Infektionserkrankung gilt es, für die Patienten die beste Behandlung zu finden und Infektionswege zu unterbinden.

Aber therapeutische und präventive Maßnahmen dürfen niemals schädlicher sein als die Erkrankung selbst. Ziel muss es sein, die Risikogruppen zu schützen, ohne die medizinische Versorgung und die Gesundheit der Gesamtbevölkerung zu gefährden, so wie es gerade leider geschieht.

Wir in Wissenschaft und Praxis sowie sehr viele Kolleginnen und Kollegen erleben täglich die Folgeschäden der Corona-Schutzmaßnahmen an unseren Patienten. Wir fordern deshalb das

Bundesministerium des Innern auf, zu unserer Pressemitteilung Stellung zu nehmen und hoffen auf eine sachdienliche Diskussion, die hinsichtlich der Maßnahmen zur bestmöglichen Lösung für die gesamte Bevölkerung führt.

Gezeichnet:

- 1. Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, Universitätsprofessor für Medizinische Mikrobiologie (im Ruhestand), Universität Mainz*
- 2. Dr. med. Gunter Frank, Arzt für Allgemeinmedizin, Mitglied der ständigen Leitlinienkommission der Deutschen Gesellschaft für Familienmedizin und Allgemeinmedizin (DEGAM), Heidelberg*
- 3. Prof. Dr. phil. Dr. rer. pol. Dipl.-Soz. Dr. Gunnar Heinsohn, Emeritus der Sozialwissenschaften der Universität Bremen*
- 4. Prof. Dr. Stefan W. Hockertz, tpi consult GmbH, ehem. Direktor des Instituts für Experimentelle Pharmakologie und Toxikologie am Universitätskrankenhaus Eppendorf*
- 5. Prof. Dr. Karina Reiß, Department of Dermatology and Allergology University Hospital Schleswig-Holstein*
- 6. Prof. Dr. Peter Schirmacher, Professor der Pathologie, Heidelberg, Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina*
- 7. Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Stellv. Curriculumsdirektor der Medizinischen Universität Wien Abteilung für Allgemeinmedizin und Familienmedizin, Vorsitzender des Deutschen Netzwerks Evidenzbasierte Medizin (DNEbM)*
- 8. Dr. med. Til Uebel, Niedergelassener Hausarzt, Facharzt für Allgemeinmedizin, Diabetologie, Notfallmedizin, Lehrarzt des Institutes für Allgemeinmedizin der Universität Würzburg, akademische Lehrpraxis der Universität Heidelberg*
- 9. Prof. Dr. Dr. phil. Harald Walach, Prof. Med. Universität Poznan, Abt. Pädiatrische*

*Gastroenterologie, Gastprof. Universität Witten-
Herdecke, Abt. Psychologie“*



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

*Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative
Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter
diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem
politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die
chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.*

» *Spende an den Autor*

» *Twitter Account des Autors.*